



*Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,*

ein wenig haben wir die Niederlage der SPD in NRW jetzt verdauen können, aber so ein historisch schlechtes Ergebnis hinterlässt Spuren. Freude gab es an diesem Tag allerdings auch, denn alle vier Dortmunder Kandidat*innen haben ihre Wahlkreise gewonnen. Trotzdem sollten wir nicht zur Tagesordnung übergehen, sondern aus dem Ergebnis lernen. Warum sind z. B. die Wähler mit der schwarz-gelben Landesregierung eher unzufrieden, trauen aber auch der SPD nicht zu, es besser zu machen? Ein wesentliches Thema bei der Wahl waren die Preissteigerungen. Ich hätte gedacht, dass man eher der SPD zutraut, für einen sozialen Ausgleich zu sorgen. Aber dem war wohl nicht so. Viele Aspekte sind bei dieser Wahl zusammengekommen, dabei hat viel mit dem Bauchgefühl zu tun. Hier müssen wir die Menschen wieder mehr erreichen und zwar zusammen auf allen Ebenen. Ihr kennt doch bestimmt das Lied „dieses Kribbeln im Bauch, das man niemals vergisst...“ – so sollte es auch bei uns sein! Also Kopf hoch, Krönchen richten und einen Neuanfang wagen!

Jetzt aber erstmal zu den Themen, die wir in Berlin erarbeitet haben.

Verbraucher*innen werden entlastet

Ich hatte über die unterschiedlichen Entlastungen für die Bürger*innen kurz berichtet. Nun wurden diese final beschlossen und somit konkretisiert:

- Die Energiepreispauschale von 300 Euro bekommen Erwerbstätige automatisch mit ihrem Septembergehalt. Es profitieren auch kurzzeitig Beschäftigte und Minijobber*innen und somit auch Rentner*innen, Studierende oder Bezieher*innen von Elterngeld, wenn sie 2022 einer Erwerbsarbeit nachgehen.
- Die Energiesteuer auf Kraftstoffe wird ab dem 1. Juni für drei Monate abgesenkt. Pro Liter wird Benzin 30 Cent und Diesel 14 Cent günstiger.
- Der Sofortzuschuss in Höhe von 200 Euro für Empfänger*innen von Arbeitslosengeld II, Grundsicherung und Sozialhilfe wird im Juli ausgezahlt. 100 Euro erhalten Arbeitslosengeld-Empfänger*innen.

- Das 9-Euro-Ticket gibt es von Juni bis August. Es gilt pro Monat für den gesamten ÖPNV inklusive aller Regionalzüge in der 2. Klasse. Bestandskunden sowie Inhaber*innen von Abotickets werden automatisch auf das Ticket umgestellt.
- Mit dem Kindergeld im Juli kommt auch die Einmalzahlung in Höhe von 100 Euro pro Kind.

Hinzu kommen weitere Entlastungen durch die Abschaffung der EEG-Umlage sowie die Erhöhung des Kinderbonus, des Heizkostenzuschusses sowie der Pendlerpauschale. Zudem steigt der Grundfreibetrag bei der Einkommensteuer von derzeit 9.984 Euro auf 10.347 Euro. Dadurch müssen alle Steuerpflichtigen weniger Einkommensteuer zahlen – und zwar rückwirkend ab dem 1. Januar dieses Jahres. Ebenfalls rückwirkend steigt zum 1. Januar der Arbeitnehmerpauschbetrag. Das ist die sogenannte Werbungskostenpauschale, die in der Steuererklärung automatisch bei allen Arbeitnehmern berücksichtigt wird, wenn sie nicht selbst höhere Werbungskosten angeben. Bisher konnte das zu versteuernde Einkommen dadurch um 1.000 Euro gedrückt werden, künftig sind es 1.200 Euro.

Trotz dieser Entlastungen ist uns bewusst, dass dies womöglich nicht die letzten sein werden. Aktuell wird geprüft, wie zum Beispiel Rentner*innen dann stärker entlastet werden können. Auch vor dem Hintergrund steigender Steuereinnahmen wegen der Inflation müssen weitere Schritte diskutiert werden. Wir müssen uns aber auch ehrlich machen: Die Maßnahmen können nur einen Teil der Preiserhöhungen ausgleichen, so dass jede*r ein Päckchen tragen müssen. Dennoch ist unser Ziel, so gut es geht für einen sozialen Ausgleich zu sorgen.

Verbesserungen beim BAföG

Auszubildende, Studierende sowie Schüler*innen profitieren ab dem Sommer von verschiedenen Leistungsverbesserungen. Folgende Punkte sind geplant:

- Wir vergrößern den Kreis der BAföG-Bezieher. Der Freibetrag, der auf das Elterneinkommen gewährt wird, steigt um 20 % auf 2.400 Euro.
- Wir erhöhen den Förderungshöchstbetrag von 861 Euro auf 931 Euro, indem die Bedarfssätze, der Kinderbetreuungszuschlag und vor allem der Wohnzuschlag ansteigen.
- Wir ermöglichen auch Älteren den Bafög-Bezug und erhöhen die Altersgrenze auf 45 Jahre. Der Vermögensfreibetrag steigt entsprechend auf 45.000 Euro.
- Wir dehnen die Möglichkeit des Restschulderlasses aus und erleichtern deutlich die Antragstellung.

Diese Verbesserungen sind aber nur die ersten Schritte. Im Laufe der Wahlperiode sollen weitere Punkte angegangen werden: Beispielsweise den Kreditanteil senken und damit einer Verschuldungsangst entgegenwirken. Zusätzlich wollen wir unter anderem Fachrichtungswechsel ermöglichen, die Förderhöchstdauer anpassen und über die Kindergrundsicherung eine elternunabhängige Förderung für alle volljährigen Studierenden einführen.

Aufklärung über Schwangerschaftsabbruch wird erlaubt

Ärzt*innen können über Methoden und mögliche Risiken eines Schwangerschaftsabbruchs auf ihren Webseiten wieder informieren – ohne kriminalisiert zu werden! Urteile oder laufende Verfahren sollen aufgehoben bzw. eingestellt werden. Damit wirkt die Abschaffung des sogenannten Werbeverbots

rückwirkend und entlastet alle Betroffenen. Es ist gut, dass wir diese Änderung zügig angehen. Mit der Union war hier ja keine vernünftige Regelung hinzubekommen!

Grundsätzlich finde ich es absurd, dass hier von „Werbung“ gesprochen wird. Es geht um medizinische Aufklärung für Frauen, die sich in dem Zusammenhang ohnehin in einer schwierigen Situation befinden. Sie sollten sich bestmöglich informieren können! Das Ankündigen oder Anpreisen von Schwangerschaftsabbrüchen, in grob anstößiger Weise oder um damit Geld zu verdienen, bleibt verboten. Eine Abtreibung ist keine normale Dienstleistung.

Zudem sollen Maßnahmen gegen die sogenannte „Gehsteigbelästigung“ folgen. Sie sollen Demonstrationen von Abtreibungsgegner*innen vor Beratungsstellen möglichst unterbinden.

Diskussion über Sterbehilfe wird fortgeführt

Diese Woche gab es eine erneute Orientierungsdebatte zur Sterbehilfe. Die Letzte fand im April letzten Jahres statt, allerdings kam im Anschluss keine Einigung zustande. Nun liegen zwei Vorschläge vor: Die Gruppe um Lars Castellucci, unserem integrationspolitischen Sprecher, plädiert für die Beibehaltung eines Verbots der geschäftsmäßigen Suizidassistenten. Allerdings sollen Ausnahmen nach zwei Beratungen durch Fachärzt*innen für Psychiatrie und Psychotherapie möglich sein. Die zweite Gruppe will Sterbehilfe ermöglichen, wenn festgelegte Voraussetzungen eingehalten werden. Dieser Initiative habe ich mich auch angeschlossen. Sie ging ursprünglich von Karl Lauterbach aus.

Vor der Sommerpause soll die erste Lesung stattfinden und im Herbst die abschließende Beratung. Eine neue Regelung eilt, weil das Bundesverfassungsgericht 2020 das geltende Verbot der Suizidassistenten gekippt hat.

Hartz IV-Sanktionen werden ausgesetzt

Mögliche Sanktionen für Hartz IV-Empfänger*innen werden vorübergehend ausgesetzt. Damit gehen wir einen ersten Schritt Richtung Umbau zu einem Bürgergeld. Die komplette Reform soll 2023 umgesetzt sein. Mehrfache Meldeversäumnisse sollen jedoch weiterhin sanktioniert werden können. Das muss auch so sein, denn wer nicht zu vereinbarten Terminen bei der Behörde erscheint, dem kann schlecht geholfen werden. Doch Sanktionen, die dazu führen, dass sich Empfänger*innen aus dem System zurückziehen oder sogar ihre Wohnung verlieren, sind unsinnig und kontraproduktiv. Deswegen müssen neue Mitwirkungspflichten her, damit Leistungsberechtigte und Jobcenter sich auf Augenhöhe begegnen.

Neubau von Flüssiggas-Terminals

Der Stopp der Gaslieferungen Russlands an Polen und Bulgarien, die Reduktion der Lieferungen über die Ukraine sowie die russischen Gegensanktionen erhöhen weiter den Druck auf uns, schneller unabhängig vom russischen Erdgas zu werden. Daher setzen wir verstärkt auf Flüssiggas. Hierbei wird das Gas auf -162 °C runtergekühlt und so verflüssigt. Dann kann es verschifft werden, womit man unabhängiger von Pipelines ist.

Bislang hat Deutschland keine Terminals zur Annahme von Flüssiggas. Dies ändern wir nun: Zwei Terminals in Wilhelmshaven und Brunsbüttel sollen zügig gebaut werden. Weitere müssen folgen. Um Zulassungs- und Genehmigungsverfahren erheblich zu beschleunigen, sollen vorübergehend bestimmte Prüfungen ausgesetzt werden können. Zudem werden vier schwimmende Terminals zur Überbrückung angemietet. Das erste soll Ende des Jahres ans Netz gehen. Vorher müssen noch entsprechende Anschlussleitungen verlegt werden.

Grundsätzlich sollen aber keine neuen Abhängigkeiten geschaffen werden, weswegen über die Terminals zukünftig Wasserstoff transportiert werden soll.

Am Montag fahre ich zum 3. Mal in Folge nach Berlin, aber nur für diesen Tag, denn die erste Besuchergruppe nach der Corona-Pause kommt zu Besuch. Obwohl es sich um keine Sitzungswoche handelt, möchte ich die Gruppe doch persönlich zu einem Austausch treffen. Am Dienstag geht es dann wieder in Dortmund spannend weiter mit einem Besuch beim Bundesstützpunkt Leichtathletik. Hier führe ich ein Gespräch mit den Trainern aber natürlich auch mit den Athlet*innen. Ein weiteres Highlight steht am Freitag an: Dann treffe ich mich mit den beiden Olympiasiegern aus Dortmund, die mir von ihren Erfahrungen in China berichten. Ihr seht, auch in meinem neuen Aufgabenfeld Sport halte ich den Kontakt mit den Experten vor Ort. Dabei geht es nicht nur um den Spitzensport. Der Breitensport liegt mir mindestens genauso am Herzen.

Bis bald!

Eure

Sabine